

# Bundestag direkt

Info-Brief der Landesgruppe Schleswig-Holstein  
in der SPD-Bundestagsfraktion  
Ausgabe 2/13 - August 2013



## Klare Kante. Aus dem Norden. Für den Norden.

Von Ernst Dieter Rossmann

*In den Bundesländern hat es die SPD schon vorge-macht. 15 Millionen Men-schen im Norden der Repu-blik werden von der SPD regiert. Die fünf SPD-Ministerpräsidenten des Nordens bilden eine starke SPD-Phalanx im Bundesrat, die gegen die Schwarz-Gelben schon vieles durch-setzen und Schlimmeres verhindern konnte.*

Mit einer rot-grünen Bun-desregierung wachsen die Chancen deutlich, dass die Belange der Menschen im Norden, von Flensburg bis Braunschweig, von Pasa-walk bis Leer, mehr Beach-tung finden. Das hat natür-lich auch mit unserem Kanzlerkandidaten, mit Peer, zu tun. In Hamburg geboren, in Kiel studiert, in vielen Ämtern unter Björn Engholm und Heide Simonis regierungserfahren im Land, weiß er um die be-sonderen Bedingungen des Nordens, die Bedeutung von Zusammenarbeit im Ost- und Nordsee-Raum und auch um die Chancen



der Zusammenarbeit in der Metropolregion und in ganz Norddeutschland.

Peer macht hier niemand etwas vor, schon gar nicht Frau Merkel und ihre CDU/CSU/FDP-Koalition, die ja so ganz anders regiert, als wir es im Norden schätzen. Den Finger in den Wind halten und dann sehen, woher er weht, taugt mehr für eine Politik des „so tun als ob“, denn für eine starke und klare politische Führung. Die aber wird gebraucht, wenn wir mehr Wohlstand, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit für alle erreichen wollen. Der Norden kann hier vorangehen und Zu-kunft wählen: mit Peer Steinbrück und der SPD.

Was kann der Norden von der SPD erwarten? – Vier Beispiele für klare Kante und echte Reformpolitik:

► **Gute und faire Arbeit braucht klare Gesetze!** Die SPD-Landespolitik in Nord-deutschland macht es vor, mit Tariftreuegesetzen und einer arbeitnehmer- und mittelstandsfreundlichen Vergabepolitik. Niedriglohn ist schlecht für alle. Dumping macht den Mittelstand kaputt. Deshalb kann der Norden in seiner Struktur nur gewinnen, wenn es einen gesetzlichen Mindest-lohn gibt, Leiharbeit regu-liert und das Krebsge-schwür der ausufernden Werkverträge eingedämmt wird. Schmutzkonzurrenz

setzt nicht nur den Arbeit-nehmern zu, sondern macht auch das Handwerk und den ordentlichen Mit-telstand kaputt. Die SPD wird das stoppen, zum Nut-zen für den Norden.

► **Der Norden braucht und bringt die Energiewende!** Die SPD in Schleswig-Holstein mit Björn Engholm und Günter Jansen vorne-weg hat den Ausstieg aus der Kernenergie bei De-monstrationsen wie bei Par-teitagen erkämpft und mit durchgesetzt. Der gewaltige Aufschwung für die erneuer-baren Energien hat von die-sem Bundesland seinen Ausgang genommen. Schleswig-Holstein hat der

- Fortsetzung auf Seite 2 -

### Weitere Themen dieser Ausgabe

- „Vernetzte Gesellschaft“ – von Kompetenzteam-Mitglied Gesche Joost  
Seite 3
- Elf Bundestagskandidaten, 33 Ziele  
Seite 4 bis 7
- SPD zieht Konsequenzen aus dem NSU-Terror  
Seite 14
- Interview zum „Euro-Hawk“-Debakel von de Maizièere  
Seite 15



### - Fortsetzung von Seite 1 -

Windenergie den Weg bereitet und damit mehr geschafft als nur politischen Wind zu machen. Anders hingegen der „Viel-Wind-Macher-Minister“ Altmaier. Ganz willfähriger Geselle von Merkel, irrtüchelt er bei der Energiewende. Statt Merkels Wackelpolitik muss endlich ein abgestimmter Generalplan her, bei den Tarifen, bei der Speicherung, bei den Netzen, bei Effizienz und Einsparung. Das macht den Norden nicht nur reicher und sparsamer, sondern nützt der Umwelt und schont Ressourcen.

► **Infrastruktur erhalten und ausbauen!** Hiervon kann der Norden ein garstiges Lied singen: Die verkehrliche Infrastruktur ist unterentwickelt und gerade von Schwarz-Gelb in Berlin schrecklich vernachlässigt

worden. Die Kämpfe um die Sanierung der Schleusen am Nord-Ostsee-Kanal haben gezeigt: Wo SPD-Minister Tiefensee noch beträchtliche Mittel im Konjunkturprogramm reserviert hatte, musste sein Nachfolger Ramsauer erst einmal lernen, wo Brunsbüttel und Holtenau überhaupt liegen. Und auch sonst hat „Schnacker“ Ramsauer nicht viel durchgesetzt. Wo Merkel schöne Worte macht für eine gute Infrastruktur, fehlt es ihren Ministern an Geld für die notwendigen Investitionen. Das aber will die SPD. Wir werben für ein 80-Milliarden-Programm für den Erhalt und die Verbesserung der Infrastruktur. Und ganz Schleswig-Holstein würde profitieren. Im übrigen auch beim Wohnungsbau, wo Schwarz-Gelb nur ein schlechtes Plagiat der SPD-Konzepte abliefern und ansonsten bei den Mie-

ten rumeiert, bei den Mitteln für soziale Stadt kürzt, beim sozialen Wohnungsbau schläft und bei den Studentenwohnungen nur redet. Das werden wir ändern.

► **Gute Bildung zuerst:** Schleswig-Holstein unternimmt mit Rot-Grün-Blau große Anstrengungen, gute Betreuung und Bildung von der Krippe bis zur Hochschule zu verwirklichen. Leider steht in Deutschland zu wenig öffentliches Geld für Bildung zur Verfügung. Über 20 Milliarden fehlen, um den Anschluss an den Durchschnitt anderer vergleichbarer Staaten zu erreichen. Bei jeder Milliarde mehr wäre Schleswig-Holstein mit fast 35 Millionen dabei, für mehr Ganztagschulen und inklusive Bildung, für bessere Hochschulen und mehr Grund- und Weiterbildung.

Die SPD bekennt sich zum Umverteilen – vom Geld- und Vermögensreichtum der wenigen zum Wissens- und Bildungsreichtum der vielen. Es ist gut, dass der Norden in großer Geschlossenheit diesen Kurs im Bundesrat und bald auch im Bundestag unterstützt.

Dafür haben auch die sechs MdBs der Landesgruppe in den vergangenen vier Jahren sehr engagiert in der Opposition gestritten. Sachkundig, zugespitzt, bürgerlich und immer dicht an den Problemen und Anliegen des Landes. Das wollen und werden wir auch in Zukunft tun – ganz gewiss mit mehr gewählten Abgeordneten und damit mit noch mehr Gewicht und Durchschlagskraft. Klare Kante aus dem Norden für den Norden – dafür lohnt es zu streiten und erst recht zu gewinnen. Auf geht es!

## Neues Projekt: Handwerker hospitierten bei Landesgruppe

Was machen die Bundestagsabgeordneten eigentlich so den ganzen Tag, wenn sie in Berlin sind? – Das erlebten fünf Handwerker aus Schleswig-Holstein jetzt hautnah in einem Praktikum bei Mitgliedern der Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion: Der Malermeister Michael Ruschinzik aus Heikendorf war bei Bettina Hagedorn zu Gast, der Fotograf Leo Bloom und der Glasermeister Julian Maas aus Lübeck hospitierten bei Gabriele Hiller-Ohm, der Bautechnikingenieur Hans-Peter Warnholz aus Fockbeck war bei Sönke Rix und der Diplomingenieur mit Heizung- und Sanitarbetrieb Hans-Reinhold Scheel aus Halstenbek begleitete Ernst Dieter Rossmann bei seiner Arbeit. Die Idee zu einer Prakti-



Franz Thönnies, Ernst Dieter Rossmann, Hans-Reinhold Scheel, Sönke Rix, Bettina Hagedorn, Hans-Reinhold Scheel, Michael Ruschinzik, Julian Maas und Leo Bloom

kumswoche für Handwerker ist neu und entstand Anfang des Jahres während des traditionellen Jahresgesprächs der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten mit Vertretern des Handwerk Schleswig-Holstein e.V. sowie den beiden Handwerkskam-

mern Flensburg und Lübeck. Die Aktion ist eine eigene Ergänzung der Landesgruppe zu den bereits etablierten Programmen der SPD-Bundestagsfraktion, die jedes Jahr Praktika an zahlreiche Gewerkschafts- und Wirtschaftsjuristen vermittelt.

Gefallen hat es allen Handwerkern aus Schleswig-Holstein in Berlin. Die Abgeordneten der Landesgruppe ihrerseits waren begeistert vom Interesse und Engagement ihrer Praktikanten und nehmen auch nächstes Jahr gern wieder Interessierte in ihren Büros auf.

## Perspektiven einer vernetzten Gesellschaft

*Wenn sich Kleinkinder heute vor den heimischen Fernseher stellen und mit der Wisch-Bewegung, die sie vom Smartphone kennen, das Programm wechseln wollen – spätestens dann wissen wir, dass wir in einer vernetzten Gesellschaft angekommen sind. An diesem Bild wird vieles deutlich: Zum einen, dass die Technik-Nutzung bestimmte Erwartungen an Logik und Bedienkomfort weckt – einfache Gesten werden zum Standard. Wer hat sich noch nicht intuitiv die „Rückgängig“-Eingabe gewünscht, wenn der Kaffeebecher umfiel? Die Nutzung des Computers beeinflusst unsere Art zu kommunizieren, uns zu organisieren und zu informieren, zu arbeiten und unsere Freizeit zu gestalten. Zum anderen wird deutlich, dass die sogenannte „Generation Y“ der heute 20- bis 30jährigen, die mit der Nutzung der digitalen Welt aufgewachsen sind, neue Standards setzt.*

Diese Generation kommuniziert dezentral- vernetzt, mit vielen gleichzeitig über Facebook, Twitter & co. Die Selbstverständlichkeit, mit der sich junge Menschen heute im Netz bewegen, ist für „Offliner“ fremd und ist ein Grund für eine digitale Spaltung unserer Gesellschaft.

Dabei bietet eine vernetzte Gesellschaft große Chancen für alle, z.B. auf gute Bildung oder Teilhabe an gesellschaftspolitischen Debatten. Das sind Chancen für Ältere und Jüngere, für Familien und Singles, für Menschen unterschiedlicher Herkunft, die in Deutschland so vielseitig zusammenleben.

Großes Potential ergibt sich auch für die Zukunft von Wirtschaft, Kultur, Bildung, Forschung und Technologie; es bedeutet aber auch Herausforderungen an die Politik, alle mit an Bord zu holen. Grundbegriffe unseres politischen Handelns sind daher Vernetzung und Teilhabe, die soziale und technologische Strukturen betreffen.

### ► Digitale Arbeit

Die „Generation Y“ ist eine der treibenden Kräfte, um die digitale Revolution zum

Nutzen aller Gesellschaftsschichten umzusetzen. Vielfach sind die fachlichen Qualifikationen dieser Generation hervorragend, sie ist technikaffin sozialisiert und ihre Vorstellung von einer erfüllenden Arbeit ist gleichzeitig hoch. Sie verlangt flexible Arbeitsstrukturen, deren Grundvoraussetzungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Möglichkeit der heterogenen Karrierepfade in unterschiedlichen Lebensphasen sind. Gleichzeitig müssen jedoch die sozialen Sicherungssysteme auf diese Flexibilität und Heterogenität reagieren können.

### ► Vernetztes Engagement

Die junge Generation ist mit den Möglichkeiten der dezentralen, vernetzten Kommunikation aufgewachsen und äußert zum Teil Skepsis gegenüber hierarchischen, dauerhaften Organisationen wie den politischen Parteien. Ihr soziales Engagement ist vielfach über digitale Plattformen und dezentrale Formate organisiert. Es ist situations- und themenbezogen, temporär, Community-orientiert und mit Spaß verbunden.

Ziel unseres politischen Engagements ist daher eine

Haltungsänderung: weg von der Politikverdrossenheit. Menschen die Möglichkeit abseits von Parteipolitik zu geben, sich nach ihren eigenen Interessen, Fähigkeiten und Möglichkeiten zu beteiligen, ist eine der wichtigsten Aufgaben für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

### ► Die „Digitale Revolution“ gestalten

Heute entstehen neue Produktionsprozesse, die dezentral vernetzt organisiert sind. So können beispielsweise Entwürfe von Produkten über das Netz geteilt, verändert und dezentral produziert werden – entweder durch lokale Handwerksbetriebe im traditionellen Sinne, oder aber durch neue Herstellungsverfahren wie 3D-Druck.

Gleichzeitig entwickelt sich rund um digitale Technologien eine lebendige Startup-Szene, die besonderer Förderung und Begleitung bedarf und ein hohes, dynamisches Innovationspotential hat. Mittelständische Unternehmen müssen verstärkt dabei unterstützt werden, den Anschluss an die Digitalisierung zu finden.

### ► Vernetzte Bildung

Die Vernetzung von Schulen und Hochschulen über das Internet bietet die Möglichkeit, Bildungsangebote strukturell zu erweitern. Schulen stellen auf digitale Lehrinhalte um und bringen Schülerinnen und Schülern bei, wie sie das Netz effizient nutzen können. Universitäten stellen ihre Lehrangebote im Netz global zur Verfügung und ermöglichen damit den Zugang jenseits lokaler Grenzen, kultureller und sozialer Rahmenbedingungen. Eines der zentralen Ziele der SPD ist es, eine



**Gesche Joost** ist gebürtige Kielerin, Professorin für Designforschung und in Peer Steinbrücks Kompetenzteam für Netzpolitik und vernetzte Gesellschaft zuständig

Foto: Valeria Mitelmann

bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems zu ermöglichen. Die Barriere der sozialen Herkunft kann durch vernetzte Bildung gemindert werden. Aufgabe ist es daher, Medienkompetenz zu vermitteln und den Zugang zum Internet auf breiter Basis zu ermöglichen.

Um diese Potentiale einer vernetzten Gesellschaft umsetzen zu können, bedarf es zunächst der grundlegenden digitalen Infrastruktur: den Zugang zum Netz. Der Breitbandausbau ist daher eines der vorrangigen politischen Ziele, um auch ländliche Regionen Deutschlands einzubeziehen – denn gerade hier können die Vorteile der digitalen Arbeit, Bildung und politischen Partizipation zum Standortvorteil werden. Neben diesen ganz konkreten Vorhaben ist nach den Enthüllungen um PRISM und TEMPORA die Debatte um Bürgerrechte und den Schutz privater Daten dringend notwendig, gekoppelt mit einem massiven Eintreten von politischer Seite, um für ein freies und offenes Netz in Europa und weltweit einzutreten.

**Gesche Joost**



## Rückblick und Ausblick: Drei Erfolge...

**Der Tag der Bundestagswahl rückt näher. Zeit, Bilanz zu ziehen: Was haben die sechs schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten als Oppositionspolitiker in Berlin erreicht? Und Zeit für einen Ausblick: Was nimmt sich das Sextett aus dem Norden für die nächste Legislaturperiode vor? Mehr dazu auf den folgenden zwei Seiten.**

### Gabriele Hiller-Ohm

#### ► Drei Erfolge:

**1. Das Bildungs- und Teilhabepaket und seine Ausweitung auf zusätzlich 500.000 Kinder und Jugendliche von Kinderzuschlags- und Wohngeldbeziehern.**

**2. Entlastung der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung im Alter, was die Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein um rund 200 Mio. Euro jährlich entlastet.**

**3. Über eine Million Euro an Bundesmitteln für den Denkmalschutz nach Lübeck geholt (für Buddenbrookhaus, Synagoge, Gae-dertzstif, St. Annen-Museum, Hafendrehrbrücke).**

#### ► Drei politische Ziele:

**1. Abschaffung von Armut:** durch gute Arbeit für alle



mit einem gesetzlichen Mindestlohn und einer verfassungsfesten Grundsicherung für die, die nicht (mehr) arbeiten können.

**2. Sicherstellung einer guten Finanzausstattung der Städte und Gemeinden:** damit sie ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nachkommen können.

**3. Erhalt der Traditionsschifffahrt - und damit Museumshäfen - an der Küste durch eine gesetzliche Absicherung.**

### Sönke Rix

#### ► Drei Erfolge:

**1. Maßgebliche Mitarbeit am Positionspapier „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben“.**

**2. Im NSU-Untersuchungsausschuss mit meinen Kolleginnen und Kollegen über alle Parteigrenzen hinweg dafür gearbeitet, eine Grundlage dafür zu schaffen, dass sich ein solches Versagen staatlicher Einrichtungen nicht mehr wiederholt.**

**3. Eine gute Lobby für den Norden war unsere SPD-Landesgruppe. Beispiel: unser Einsatz für den Nord-Ostsee-Kanal. Durch gute Öffentlichkeitsarbeit und viele Veranstaltungen weiß nun auch der Bundesverkehrsminister, dass es außerhalb Bayerns wichtige Infrastrukturprojekte gibt.**

#### ► Drei politische Ziele:

**1. Familienpolitik aus einem Guss:** Ausbau von Betreuungsplätzen vorantreiben, neues Kindergeld



und Familienarbeitszeit einführen, das Elterngeld wieder stärken und das Betreuungsgeld abschaffen.

**2. Kampf gegen Rechtsextrémismus:** Entbürokratisierung der Bundesprogramme, längere und bessere Förderung von guten Projekten und Umsetzung der Vorschläge aus dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses.

**3. Demokratie stärken:** Wir brauchen in unserem politischen System Elemente direkter Demokratie. Wir brauchen aber auch mehr demokratische Bildung in Schulen und Gesellschaft. Das kostet Geld und das muss es uns Wert sein.

### Dr. Ernst Dieter Rossmann

#### ► Drei Erfolge:

**1. Masterplan Ganztagschule:** Ich habe die Projektgruppe „Gute Ganztagschule“ geleitet, die erfolgreich Durchsetzungsstrategien erarbeitet und einen realistischen Finanzrahmen umrissen hat.

**2. Analphabetismus zum politischen Thema gemacht:** Über die SPD haben wir mit Fachgesprächen, Anhörungen und Anträgen die Regierung getrieben.

**3. Sozialdemokratisch links:** Aus der Parlamentarischen



Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, deren Vorsitzender ich bin, hat es zur klaren Schärfung des sozialdemokratischen Profils wichtige Impulse gegeben.

#### ► Drei politische Ziele:

**1. Europa neu denken:** Als Bildungsgemeinschaft mit europäisch ausgerichteten Schulen und Hochschulen.

**2. Forschung und Wissenschaft im Norden:** Gemeinsam müssen die fünf SPD-geführten Bundesländer im Norden und die „Küsten-gang“ der SPD-MdBs gegen das Süd-Nord-Gefälle bei Wissenschaft und Forschung angehen.

**3. Weiterbildung ist die beste Antwort auf den Fachkräftebedarf,** lebenslanges Lernen die richtige Reaktion auf den demographischen Wandel. Dies muss zur Arbeits- und Qualifizierungsversicherung werden und deshalb brauchen wir ein Erwachsenenbildungsgesetz für alle Generationen.

## ... und drei Ziele der Bundestagsabgeordneten



**Dr. Hans-Peter Bartels**

► **Drei Erfolge:**

1. Erarbeitung und Einbringung eines Gesetzesentwurfs zu Volksentscheiden auf Bundesebene (Drs. 17/13874).
2. Kontrolle von desaströ-

sen Rüstungsvorgängen im Bundesverteidigungsministerium durch parlamentarische Nachfragen, Druck, Untersuchungen.

3. Die positive Resonanz auf mein aktuelles sicherheitspolitisches Sachbuch „Wir sind die Guten“ (Vorwärts-Buchverlag).

► **Drei politische Ziele:**

1. **Eine Zwei-Drittel-Mehrheit** für die Einführung von Volksentscheiden in Deutschland.
2. **Der Erhalt der Ausbildungswerkstatt** und von Arbeitsanteilen am Standort des Marinearsenals in Kiel.
3. **Sanierung und Erweiterung** des Nord-Ostsee-Kanals.

**Bettina Hagedorn**

► **Drei Erfolge:**

1. „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal“ - diese Initiative der SPD-Schleswig-Holstein habe ich initiiert und mit dafür gesorgt, dass der Haushaltsausschuss 300 Mio. Euro für die 5. Brunsbütteler Schleusenkammer bereitstellte.
2. Meine Initiative, den Bundesrechnungshof zu einer Prüfung der restriktiven

Bewilligungspraxis bei Mutter/Vater-Kind-Kuren zu veranlassen, sorgte für den notwendigen Druck auf Krankenkassen und Gesundheitsministerium, den Rechtsanspruch der Eltern umzusetzen.

3. Mein Engagement für den Erhalt der drei Bundeswehrstandorte in meinem Wahlkreis.

► **Drei politische Ziele:**

1. **Ausbau und Komplettisierung** des Nord-Ostsee-Kanals binnen zwölf Jahren.



**Franz Thönnnes**

► **Drei Erfolge:**

1. **Soziale Strukturen für Beruf und Familie:** Aus dem von mir initiierten Runden Tisch „Arbeit für Alleinerziehende - Kinderbetreuung organisieren!“ entstanden das Projekt „WiNeTa - Wirk-

sames Netzwerk für Alleinerziehende“ sowie die „Stiftung Beruf und Familie Stormarn“.

2. **Ausbildungsplätze in der Region:** Erster Erfolg meines Projekts „FBQ - Fördern - Bilden - Qualifizieren“ im Rahmen des Baus der Fehmarnbeltquerung: Dänemark fordert von beteiligten Unternehmen, junge Menschen auszubilden.

3. **Soziale Sicherheit im Ostsee-Arbeitsmarkt:** Das mit meiner Unterstützung gegründete „Baltic Sea Labour Forum“ (BSLF) sorgt für den sozialen Dialog von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Politik im Ostseeraum.

► **Drei politische Ziele:**

1. **Kritische, konstruktive Außenpolitik:** Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland vertiefen, Demokratisierungen unterstützen und „people-to-people“-Kontakte intensivieren.

2. **Soziale Gerechtigkeit:** Im Wahlkreis für Mindestlohn, bezahlbares Wohnen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Sicherheit im Alter bei Gesundheit und Pflege kämpfen.

3. **Moderne Infrastruktur für die Region:** Bau der S-Bahn-Linien S4 und S21, Ausbau der AKN und Verbesserung der Breitbandstruktur.

**Impressum**

**„Bundestag direkt“**

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann  
Büro der Landesgruppe:  
PLH, 7.144,  
11011 Berlin  
Tel.: 030/227-75318  
Mail: sh-lg.spd@bundestag.de





## Die Ziele der Bundestagskandidatinnen...



**Dr. Karin Thissen**

► **Drei politische Ziele:**

**1. Eine Verkehrsinfrastruktur**, die den Industriestandort Brunsbüttel stützt und die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte reduziert. Das bedeutet:

- Weiterbau der A 20 mit zusätzlicher Elbquerung im Westen,
- Ausbau der B 5,
- Erweiterung des Schienennetzes.

**2. Die Einführung der Bürgerversicherung**, denn dies bedeutet:

- bezahlbare medizinische Versorgung für alle,
- solidarische Beteiligung aller Beteiligten am Gesundheitssystem.

**3. Eine verantwortbare Landwirtschaft**, in der unter fairen Bedingungen gesunde Lebensmittel erzeugt werden. Das heißt:

- Umsetzung des wohlverstandenen Tierschutzes,
- Reduzierung des Medikamenteneinsatzes bei landwirtschaftlichen Nutztieren,
- angemessene Vergütung für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Fünf Wahlkreise in Schleswig-Holstein haben derzeit keinen gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten. Dies wollen fünf Direktkandidatinnen und -kandidaten ändern: Dirk Peddinghaus im Wahlkreis 1 (Schleswig-Flensburg), Matthias Ilgen im Wahlkreis 2 (Nordfriesland – Dithmarschen Nord), Karin Thissen im Wahlkreis 3 (Steinburg – Dithmarschen-Süd), Birgit Malecha-Nissen im Wahlkreis 6 (Plön – Neumünster) und Nina Scheer im Wahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd.)

Hier verraten die Fünf, wofür sie sich im Bundestag einsetzen wollen.

### Matthias Ilgen

► **Drei politische Ziele:**

**1. Ich werde mich im Bundestag für eine Energiepolitik stark machen**, die die Energiewende vorantreibt und erneuerbare Energien fördert, gleichzeitig aber der Tatsache Rechnung trägt, dass Energie für die Verbraucher aber auch für das produzierende Gewerbe, welches im internationalen Wettbewerb steht, bezahlbar bleiben muss.

**2. Ich werde für mehr Mittel im Verkehrsetat für Norddeutschland kämpfen**, damit wichtige Infrastrukturprojekte wie der Nord-Ostsee-Kanal, die A20 und die A23/B5 vorankommen.



**3. Im Tourismus brauchen wir neue Konzepte**, um im Wettbewerb bestehen zu können. Die Westküste mit Wattenmeer und der Insel Sylt hat viel Potential, das mehr Förderung verdient.



**Dr. Birgit Malecha-Nissen**

► **Drei politische Ziele:**

**1. Die Energiewende als Chance** nutzen, um den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein zu stärken. Wir sind das Land, das die Energie der Zukunft, die Energie aus Windkraft, produziert. Es gilt, unsere Unternehmen gezielt bei der Weiterentwicklung zu unterstützen und punktgenau Forschung und Entwicklung zu fördern. Zum Beispiel im Bereich der Energiespeicherung und Energieeffizienz.

Wir müssen das Energiewendeland Nummer 1 bleiben, damit schaffen wir neue und sichere Arbeitsplätze!

**2. Gute und sichere Arbeit** ist gut bezahlte Arbeit. Ich spreche mich eindeutig für den Mindestlohn und für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit aus. Dem Missbrauch von Minijobs, Zeit- und Leiharbeit werde ich mich entgegenstellen. Erwerbsarmut hat auch immer Altersarmut zur Folge und Altersarmut ist oft weiblich. Gerechte Renten und gute Arbeit gehören für mich zusammen.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zur Verfügung steht.

**3. Gute Bildung** darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Kein Kind darf zurück gelassen werden, das liegt mir besonders am Herzen! Dafür muss der Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen konsequent umgesetzt werden. Bildung muss als gemeinsame Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund verstanden und das Kooperationsverbot aufgehoben werden.

## ... und Bundestagskandidaten

**Dr. Nina Scheer**

► **Drei politische Ziele:**

### 1. Es bedarf einer beschleunigten Energiewende:

Ohne Energiewende wird Energie früher oder später nicht mehr bezahlbar sein. Deutschland verfügt über ausreichend regenerative Energien - somit brauchen wir auch kein Fracking. Mit regenerativen Energien gelingt eine klima-, umwelt- und gesundheitsverträgliche Energieversorgung. Eine aufrichtige Diskussion über die nächsten Schritte der Energiewende sollte damit beginnen, deren bisherigen Erfolge im dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien anzuerkennen und als systemische Anleitung für Netzmanagementaufgaben und die Integration von Speichertechnologien zu begreifen.



### 2. Atomausstieg umsetzen:

Für Betreiber von Atomkraftwerken darf es gesetzlich nicht länger erlaubt sein, nachfolgenden Generationen stillgelegte Kraftwerke als Atom-Ruinen zu hinterlassen. Kraftwerksbetreiber dürfen nicht aus ihrer gesellschaftlichen

Verantwortung im Umgang mit den Altlasten der Atomenergiegewinnung entlassen werden.

Mit der SPD setze ich mich für eine Änderung des Atomgesetzes ein, wonach es keinen sogenannten sicheren Einschluss mehr geben wird. Das Atomkraftwerk Krümmel muss rückgebaut werden.

### 3. Wirtschaft und Finanzmärkte müssen dem Menschen dienen und nicht umgekehrt:

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verlangt nach Lohngerechtigkeit und sicherer Altersvorsorge. Ich setze mich mit der SPD für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ein und dafür, das Solidarsystem wiederherzustellen: durch Renteneinzahlung von allen für alle.

**Dirk Peddinghaus**

► **Drei politische Ziele:**

### 1. GUTE ARBEIT - STARKE ZUKUNFT:

Arbeit muss in Deutschland wieder zum Leben reichen! Dies ist die Kurzformel meiner Forderung. Wer einer Vollzeitarbeit nachgeht, der darf nicht noch zusätzlich beim Sozialamt „anstehen“. Darum setze ich mich für faire Löhne und einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Denn nur, wer in seiner Arbeitsphase einen Lohn bekommt, von dem er leben kann, der wird auch in der Rente nicht zum Sozialfall.

### 2. GUTES WOHNEN - SICHERES ZUHAUSE:

Wohnen wird für viele Menschen derzeit zum Luxus. Besonders in den Städten ist guter Wohnraum eine echte Preisfrage, die selbst

die „Mittelschicht“ in der Bevölkerung mittlerweile an ihre finanziellen Grenzen bringt. Viel zu lange wurde der soziale Wohnungsbau vernachlässigt, hier gilt es gegenzusteuern. Weiterhin setze ich mich für eine Aktivierung von Stadtvierteln ein. Modernes, bezahlbares Wohnen muss auch in einem attraktiven und sicheren Wohnumfeld eingebettet sein. Stadtteilsozialarbeit, vor Ort Präsenz von Polizei und Schaffung infrastruktureller Voraussetzungen zu Begegnung sind mir ganz wichtig!

### 3. GUTE BILDUNG - BESSERE CHANCEN:

Bildung ist der Schlüssel für den Standort Deutschland und gibt den jungen Menschen eine Perspektive. Fachkräftemangel bedroht unsere Produktivität. Gleichzeitig verlassen noch



viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Eine gute Bildung ist somit eine „Win-Win-Situation“ für alle! Die hierzu erforderlichen Investitionen sind durch eine langfristige Reduzierung von Sozialleistungen (wer Ausbildung und dann Arbeit hat, braucht - bei gutem Lohn - keine „Stütze“) mehr als ausgeglichen!

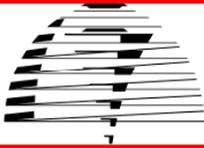
## - Termine -

### 06.08.2013, 19.00 Uhr, Pinneberg:

In vielen Ballungsräumen steigen die Mieten. Bezahlbare Wohnungen zu ergattern, wird immer schwieriger. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Positionspapier mit Maßnahmen zusammengestellt, die dieser Entwicklung Einhalt gebieten sollen. Vorstellen wird das Papier der stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Florian Pronold**, der auf Einladung des Kreis Pinneberger SPD-MdB **Ernst Dieter Rossmann** im Hotel Cap Polonio, Fahltskap 48, zu Gast ist. Zeit zum Fragen stellen und Diskutieren ist ebenfalls eingeplant. Interessierte melden sich bitte an; telefonisch in Rossmanns Wahlkreisbüro unter 04101/200639 oder via Mail unter [ernstdieter.rossmann@wk.bundestag.de](mailto:ernstdieter.rossmann@wk.bundestag.de).

### 06.08.2013, 19.30 Uhr, Bad Oldesloe:

Die Bundesgesundheitsministerin a.D., **Ulla Schmidt**, ist auf Einladung von SPD-MdB **Franz Thönnies** aus dem Wahlkreis Segeberg – Stormarn-Nord bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung „Nichts über uns ohne uns! Auf dem Weg zu einer barrierefreien Gesellschaft“ zu Gast. Gemeinsam u.a. mit dem Behindertenbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, **Ulrich Hase**, wollen die beiden Sozialdemokraten das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Inklusion diskutieren. Anmeldung und Infos unter: [buero@thoennes.de](mailto:buero@thoennes.de) oder im Wahlkreisbüro via Telefon 04551/968383.



## Von Glarus nach Berlin: Die direkte Demokratie auf Bundesebene wird kommen

*Nach einjähriger Vorbereitung in den Arbeitsgruppen Demokratie und Inneres der SPD-Bundestagsfraktion konnten wir nun mit unseren Gesetzentwürfen zur Ergänzung des Grundgesetzes um Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid und Referendum (Bundestagsdrucksache 17/13873) und eines Bundesabstimmungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 17/13874) zum Ende der Wahlperiode ein großes Vorhaben auf seinen parlamentarischen Weg bringen.*

Ein oft genanntes Vorbild für das gute und vor allem schon lange Funktionieren direkter Demokratie ist die Schweiz. In diesem Jahr hatte ich das Glück, mir dort als Sprecher der Arbeitsgruppe Demokratie eine sehr ursprüngliche Form direkter Volksherrschaft anzuschauen: die „Landsgemeinde“ in Glarus.

Glarus ist einer von zwei Schweizer Kantonen, wo einmal im Jahr alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sind, an der „Landsgemeinde“ teilzunehmen. Die Versammlung auf dem Marktplatz von Glarus entscheidet direkt über Gesetze, wählt Richter und Regierung. Glarus ist klein, hat um die 30.000 Abstimmungsberechtigte.

An dem schönen Frühlingssonntag, an dem ich dort war, standen vielleicht 3.000 Glarner Bürger im „Ring“ auf dem Platz. Teilnehmerzahlen werden nicht bekannt gegeben. Es ist auch egal, wie viele Mitbürger, „Mitlandsleute“, wie es dort heißt, anwesend sind. Alle sind eingeladen. Wer kommt, entscheidet mit, und wer sich beschwert, hätte ja kommen können. Verdrossenheit zählt nicht. Was sollte das auch sein, Volksverdrossenheit? Es ist ein wunderschönes Ritual, eingerahmt von 3.000 Meter hohen Bergen. Dieses

Jahr fand es zum 626. Mal statt. Man wird demütig vor dieser demokratischen Tradition.



Der "Ring" von Glarus. Die 626. Landsgemeinde versammelt vor malerischer Kulisse.

Foto: Hans-Peter Bartels

Das, was die SPD-Bundestagsfraktion nun in den Bundestag eingebracht hat, ist nicht ganz so schlicht wie die „Landsgemeinde“; aber es ist die zeitgemäße Form direkter Demokratie in einem sehr großen Land mit 80 Millionen Einwohnern. 60 Millionen werden abstimmungsberechtigt sein.

Wir formen damit unsere Demokratie nicht nach Schweizer Modell um – dafür gibt es zu viele Unterschiede im System –, aber wir schaffen auf Bundesebene das gleiche prinzipielle Abstimmungsrecht, das es in unseren Kommunen, in allen 16 Bundesländern und bei vielen unserer europäischen Nachbarn bereits gibt. Wir schließen eine Lücke im Grundgesetz.

von Abgeordneten. Die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene steht auch in unserem Regierungsprogramm, schon jetzt aber hat die SPD-Bundestagsfraktion mit der Umsetzung begonnen. Und ich bin mir sicher: Das neue Recht wird kommen.

Die Entwürfe sind eine Einladung an alle, die vielleicht in der nächsten Wahlperiode einen Konsens zur Ein-

Auch wenn es die nötige Zweidrittel-Mehrheit dafür wohl erst in der nächsten Wahlperiode geben wird – das Signal ist klar: Wir wollen mehr Teilhabe, und wir greifen den Wunsch vieler Menschen auf, mehr mitreden und sich mehr beteiligen zu können – auch anders und gegebenenfalls häufiger als durch die Wahl-

führung von Volksentscheiden finden wollen – eine Einladung nicht nur an Grüne, Liberale und Linke, die uns schon zustimmen, sondern auch an die Union. Auch dort gibt es mittlerweile Diskussionen in diese Richtung. Die Zeiten ändern sich. Das ist gut.

Hans-Peter Bartels

## Für gute Ausbildung im Gastgewerbe

**Die Warnsignale für das Gastgewerbe im Berufsbildungsbericht 2013 sind nicht zu übersehen: Jede zweite angehende Restaurantfachkraft löst den Ausbildungsvertrag vorzeitig auf, gleiches gilt für Köchinnen und Köche. Künftige Hotel- und Restaurantfachleute bewerten ihre Ausbildung im jährlichen DGB-Ausbildungsreport seit langem am schlechtesten.**

Unter meiner Federführung hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe verbessern soll. Ich sehe in diesem Bereich enormen Handlungsbedarf. Ausbildungsfremde Tätigkeiten, unbezahlte Überstunden, mangelnde Freistellung zur Prüfung – da wundert es nicht, dass viele Auszubildende der Branche den Rücken kehren oder Schulabgänger von vornherein einen anderen Berufsweg einschlagen.

Bereits jetzt können viele Ausbildungsplätze in Restaurants und Küchen – auch in Schleswig-Holstein – nicht besetzt werden. Es ist fatal, dass die Ausbildungsbedingungen zumindest teilweise so schlecht sind, dass viele junge Menschen einen weiten Bogen um das Hotel- und Gaststättengewerbe machen – auch für eine gute, nachhaltige Entwicklung des Tourismus im Norden.

Um den eigenen Nachwuchs zu sichern, dürfen junge Menschen nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Gute Bezahlung, bessere Ausbildungsqualität und attraktive Berufsperspektiven sind nötig. Jeder Zweite im Gastgewerbe hält sich mit einem Minijob oder kurzfristiger Saisonarbeit über Wasser. Über 150.000 Beschäftigte sind bundesweit zusätzlich auf Arbeitslosengeld II an-

gewiesen, um ihre Existenz zu sichern – mehr als jeder Dritte von ihnen sogar trotz sozialversicherungspflichtiger Arbeit.

Leider ignoriert die schwarze Bundesregierung diese Probleme. In unserem Antrag „Ausbildungssituation im Hotel- und



**Gabriele Hiller-Ohm ist Mitglied in den Bundestagsausschüssen für Arbeit und Soziales sowie für Tourismus**

Gaststättengewerbe verbessern“ (Bundestagsdrucksache 17/13549) haben wir ernsthafte Kontrollen der Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, Maßnahmen zur Qualitätssicherung in den Ausbildungsbetrieben sowie eine Mindestausbildungsvergütung gefordert. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitsverhältnisse wie Minijobs zurückgedrängt werden, um den Beschäftigten gute Zukunftsperspektiven im Gastgewerbe zu ermöglichen.

Dieser wesentliche Baustein soll auch den Tourismus stärken, der in Schles-

wig-Holstein mit rund 7,7 Milliarden Euro Umsatz einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren ist. Rein rechnerisch beziehen damit ca. 170.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Schleswig-Holstein ihr Einkommen vollständig aus dem Tourismus. Mit 76 Millionen Übernachtungen rangiert Schleswig-Holstein nur ganz knapp hinter Mallorca (78 Mio.). Und auch das Steueraufkommen ist für den Bund, das Land und auch die einzelnen Kommunen nicht unerheblich.

Der Schlüssel, mit dem die Branche weiterhin erfolgreich sein kann, ist, für die Auszubildenden und für die Beschäftigten attraktiver zu werden. Es ist wichtig, dass der Bund, die Länder, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern und die Spitzenverbände aus dem Hotel- und Gaststättenbereich gemeinsam das Problem angehen und Lösungen erarbeiten. Auch das fordern wir in unserem Antrag. Diese Forderungen werden wir unter einer SPDgeführten Bundesregierung in der kommenden Wahlperiode umsetzen.

**Gabriele Hiller-Ohm**

### - Termine -

**07.08.2013, 18.00 Uhr, Uetersen:**

Der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses im deutschen Bundestag, der SPD-MdB **Sebastian Edathy**, wird im Ueterseener Hof, Tornerscher Weg 31, über die Erkenntnisse des Bundestagsgremiums in punkto Taten und Vorgehensweise des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) berichten und mit Interessierten über geeignete Präventionsmaßnahmen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus diskutieren. Die Anmeldung für die Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung von des Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten **Ernst Dieter Rossmann** ist telefonisch im Wahlkreisbüro unter 04101/200639 oder via Mail unter ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de möglich.

**07.08.2013, 19.00 Uhr, Ratekau:**

Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin **Ulla Schmidt** wird bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung von **Bettina Hagedorn** über die Bürgerversicherung informieren. „Solidarität statt Zwei-Klassen-Medizin“ - dafür steht die SPD und so lautet auch der Titel der Diskussionsveranstaltung in der César-Klein-Schule, Preesterkoppel 2, die **Sandra Redmann**, SPD-Landtagsabgeordnete für Ostholstein-Süd, moderieren wird. Weitere Infos und Anmeldung im Wahlkreisbüro von **Bettina Hagedorn** unter Telefon 04521/71611 oder via Mail unter bettina.hagedorn@wk.



## - Termine -

**12.08.2013, 19.00 Uhr,  
Lensahn:**

Welche Lehren muss man aus der Eurokrise ziehen? Wie kann das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wieder hergestellt werden? Über diese und andere Fragen diskutieren die Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, **Petra Merkel** (SPD) und die stv. haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, **Bettina Hagedorn**. Die Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema „Schuldenkrise? Bankenkrise! Steht Europa in Frage? Oder ist Europa die Antwort?“ findet in den Gildestuben in der Dr.-Julius-Stinde-Straße 2 statt. Anmeldung unter Telefon 04521/71611 oder [bettina.hagedorn@wk.bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@wk.bundestag.de).

**13.08.2013, 19.00 Uhr,  
Gettorf:**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich beim Thema Fracking im Labyrinth der Lobbyinteressen verfangen, die SPD-Bundestagsfraktion steht klar zu ihrem „Nein“, solange Umwelt- und Gesundheitsschutz nicht gewährleistet sind. Bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung von **Sönke Rix** zum Thema „Fracking – Chance oder Risiko?“ wird SPD-MdB **Frank Schwabe**, Mitglied des Umweltausschusses, zu Gast sein. Ort des Geschehens: das „Stadt Hamburg“ in der Süderstraße 1: Anmeldung im Wahlkreisbüro von **Sönke Rix** unter Telefon 04331/8685765 oder [soenke.rix@wk.bundestag.de](mailto:soenke.rix@wk.bundestag.de).

## Versöhnung durch Respekt vor Verschiedenheit Aktive Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein

*Es war kein Zufall, dass ich als schleswig-holsteinischer Abgeordneter für die SPD-Bundestagsfraktion am 13. Juni in der Schlussdebatte zu 60 Jahre Bundesvertriebengesetz zu Wort kam. Denn Schleswig-Holstein hat mehr als jedes andere Bundesland nach dem Zweiten Weltkrieg Flüchtlingen und Vertriebenen eine neue Heimat gegeben.*

Große Persönlichkeiten unserer Partei- und Landesgeschichte haben dies mit bewirkt wie z.B. Walter Damm, der Sozial- und Vertriebenenminister der ersten SPD-Nachkriegskabinette und Landesvorsitzende, nach dem unser Parteihaus in Kiel benannt ist. Ihre engagierte Politik für Schutz und Zukunft für die vielen neuen Schleswig-Holsteiner – und die Landesbevölkerung sollte sich durch sie immerhin in kürzester Zeit fast verdoppeln – ist der SPD nicht wirklich gedankt worden, ganz im Gegenteil, auch wenn sie gleichwohl richtig und ohne Alternative war.

Schleswig-Holstein ist zugleich das Land gewesen, in dem einerseits besonders viele Kriegsverbrecher der Nazis Unterschlupf gesucht und gefunden haben und das 1955 mit der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen ein in seiner Bedeutung gar nicht zu überschätzendes Signal für neuen Frieden, für echte Versöhnung und wirklich gelebten Respekt und Anerkennung der souveränen nationalen Bekenntnisse als Minderheit gesetzt hat. Der Deutsche Konrad Adenauer und der Däne Ferdinand Hansen waren die Paten dieser legendären Erklärung, deren Wirkung auch fast 60 Jahre später noch prägend ist. Der CDU-Ministerpräsident Kai Uwe von Hassel legte hier den Grundstein für ein Erbe,

das durch niemanden besser als durch die späteren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Björn Engholm, Heide Simonis und Torsten Albig gepflegt worden ist und wird.

Die politische Verknüpfung dieser beiden historischen Daten – 60 Jahre Bundesvertriebengesetz und bald 60 Jahre Bonn-

len Eigenheit und Identität. In der Folge dieser friedensstiftenden und Identität gebenden Politik von 1955 haben Deutschland, Dänemark und Schleswig-Holstein 1996 das ECMI in Flensburg gegründet, das European Centre for Minority Issues, um die guten Konzepte wie Erfahrungen der regionalen Politik für Minderheiten in ganz Europa und darüber hinaus fruchtbar zu machen. Minderheitenpolitik ist schließlich eine sehr konkrete Antwort gegen Vertreibung und Missachtung des Menschenrechtes auf Heimat



**Minderheitenpolitik war auch Thema eines Landesgruppenfrühstücks mit der Minderheitenbeauftragten des Ministerpräsidenten Anfang Juni in Berlin. Renate Schnack berichtete der Landesgruppe von den Erfolgen, die bereits nach einem Jahr Rot-Grün-Blau in Schleswig-Holstein zu verzeichnen sind. Besonders wichtig: Das durch die schwarz-gelbe Vorgängerregierung zerstörte Vertrauen konnte wieder aufgebaut werden.**

Kopenhagener-Erklärungen – für die Gegenwart und die Zukunft liegt nun darin, dass eine notwendige Antwort auf nationalistische Verfolgung bis hin zur Vertreibung letztlich der Respekt vor Verschiedenheit und Vielfalt in einem Staatswesen genauso wie im ganzen Europa werden muss. Nur dieser Respekt, der sich in einer aktiven Politik von Schutz, Unterstützung und Förderung niederschlagen muss, ermöglicht es, dass Menschen Heimat finden im Schutz ihrer elementaren Menschenrechte und Heimat gestalten können im Sinne ihrer kulturel-

und damit im besten Sinne Friedens- und Versöhnungspolitik.

Dass Schleswig-Holstein aus den Widersprüchen seiner Geschichte und den Erfahrungen von Grenzlandkonflikten und Minderheitenproblemen die richtigen Wege und die Kraft zu einer konstruktiven Überwindung dieser Spannungen gefunden hat, ist einer der wirklich großen Erfolge der Landespolitik. Es tat deshalb auch gut, im Bundestag an diese gemeinsame Leistung unseres Bundeslandes erinnern zu dürfen.

**Ernst Dieter Rossmann**

## Die SPD steht für moderne Integrationspolitik

**„Deutschland profitiert von einer vielfältigen Gesellschaft voller Potenziale und Talente, die die Unterschiede als eine Zukunftsressource begreift“, zeigt sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies überzeugt. Um dies in praktische Politik umzusetzen, bedarf es einer modernen Integrationspolitik, die Chancen, aber auch Versäumnisse von Zuwanderung erkennt und tragfähige Lösungen schafft.**

Die Bilanz der schwarz-gelben Bundesregierung ist in diesem Bereich verheerend. Mit dem integrationsfeindlichen Betreuungsgeld, den Kürzungen der Mittel für Integrationskurse, bei der Berufsorientierung, der Ausbildungsförderung und der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurde Migrantinnen und Migranten die gleiche Teilhabe an Bildung und Arbeit nachhaltig erschwert. Darüber hinaus halten CDU/CSU und FDP an der unsinnigen Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht fest. Auch das Auseinanderdriften von Stadtteilen hat die Regierung nicht bekämpft, sondern das Programm „Soziale Stadt“ zusammengestrichen. Dass es auch anders geht, hat die SPD-Bundestagsfraktion in der zurückliegenden Legislaturperiode mit einer Vielzahl von parlamentarischen Initiativen deutlich gemacht. Wegwei-

send war hier der umfangreiche Antrag „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – Eine moderne Integrationspolitik für mehr Chancengleichheit“ (Bundestagsdrucksache 17/13483), der jedoch am 27. Juni 2013 von den Koalitionsfraktionen abgelehnt wurde. Die dort geforderten Punkte waren auch Thema beim „Zukunftsforum Integration“ in Kiel am 17. Juni 2013, zu dem die SPD-Bundesgemeinsam mit der Landtagsfraktion eingeladen hatte. Nach der Begrüßung durch den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner diskutierten die Podiumsteilnehmer Aydan Özoguz, MdB und stellv. Parteivorsitzende, Serpil Midyatli, integrationspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Prof. Dr. Ursula Neumann vom Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration und Innenminister Andreas Breit-

ner mit dem Publikum über eine moderne Integrationspolitik als Zukunftsressource.

Schnell wurden die Differenzen zur aktuellen Bundesregierung deutlich. So sieht die SPD Deutschland als ein Einwanderungsland und will den Nachzug von Familien erleichtern sowie dafür sorgen, dass ausländische Studierende hier ohne Einschränkungen arbeiten können.

Um Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten herzustellen, verfolgt sie das Ziel, in die frühkindliche Bildung und den Ganztagsausbau zu investieren. Aus Sicht von Prof. Dr. Ursula Neumann ein wichtiger Ansatz, weil dies die Grundlage für Teilhabe ist. Ein Teil der Mittel dafür soll aus der Abschaffung des Betreuungsgeldes kommen. Eine Maßnahme die, das zeigen Untersuchungen, Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund aktiv behindert. Ebenso wie der oben erwähnte Optionszwang, für dessen Ende insbesondere Aydan Özoguz warb. Des Weiteren sollen Ausländerinnen und Ausländer, die

fünf Jahre legal in Deutschland gelebt haben, endlich das kommunale Wahlrecht erhalten.

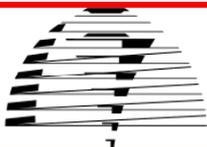
Einigkeit bestand bei den Teilnehmern darin, dass der Anspruch auf Teilhabe an Gemeinschaft, Bildung und Arbeit eine Selbstverständlichkeit in einer sozial gerechten Gesellschaft sein sollte. „Die SPD ist hier bereits sehr gut aufgestellt, aber es bleibt auch eine Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger, im täglichen Umfeld eine Willkommenskultur zu leben“, erklärte Franz Thönnies am Ende der Veranstaltung.



MdB Franz Thönnies hielt das Schlussresümee der Veranstaltung



Moderatorin Semra Basoglu, Andreas Breitner, Serpil Midyatli, Ursula Neumann und Aydan Özoguz bei der Diskussionsveranstaltung



## Mehr Kooperation für die Bildung — das Grundgesetz muss geändert werden!

*Es ist schon über sieben Jahre her. Aber die Ergebnisse der Föderalismusreform I lassen in der Frage der Bildungsfinanzierung und Kooperation zur Stärkung der Bildungsrepublik Deutschland immer noch heftiges Kopfschütteln und großes Unverständnis aufkommen. Es ist das sogenannte Kooperationsverbot, das diese Empörung auslöst. Auf Druck der Extremföderalisten um den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch wurde festgelegt, dass der Bund in den Ländern und Kommunen nichts fördern darf, was der alleinigen Gesetzgebung der Länder unterliegt. Die zentralen Bildungsfragen wie die Förderung der Schulen und Hochschulen gehören nun einmal dazu.*

Wie absurd dies in der politischen Wirklichkeit ist, lässt sich an einigen Beispielen schnell zeigen:

1) Allein die SPD-Bildungs- und Wissenschaftspolitiker konnten 2006 der Großen Koalition in letzter Sekunde „rotzfrech“, aber wirksam abpressen, dass jedenfalls Vorhaben der Wissenschaft vom Bund gefördert werden konnten. Sonst hätte es die milliardenschweren Hochschulpakete I und II für die Länder und die Hochschulen nie geben können. Die

Folgen wären nicht auszu-denken gewesen.

2) Als 2008/2009 die Konjunkturprogramme gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise aufgelegt wurden – eine Erfolgsgeschichte, auf die jetzt alle quer durch die Republik stolz sind – musste das Grundgesetz über Nacht geändert werden, um Bundesförderungen für Schul- und Hochschulbauten zu ermöglichen. Ohne Katastrophe darf also die Bildung nicht laufen. Welch eine Katastrophe!

3) Das Bildungs- und Teilhabepaket 2009/2010 – von der SPD letztlich erfolgreich verhandelt – musste große Umwege gehen, um Schulsozialarbeit und Bildungshilfen für Kinder und Jugendliche durch den Bund förderfähig zu machen. Aber eine Fortsetzung des großartigen Ganztagschulprogramms von Gerhard Schröder und Edelgard Bulmahn war einmal mehr nicht drin.

Das Grundgesetz muss deshalb wieder geändert werden – für mehr Bildungs Kooperation von Bund und Ländern und für eine Stärkung der Bildungsfinanzierung, für Ganztagschulen und Inklusion, für eine Stärkung der Grundbildung genauso wie für eine auskömmliche Finanzierung des Regelbetriebes an den Hochschulen. Die SPD hat hierzu klare Beschlüsse über ihren Bundesparteitag und das Wahlprogramm.

Auch die SPD-geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein wie alle anderen SPD-Regierungen ist dafür. Allein die CDU/CSU und FDP in Bayern, Hessen und Sachsen und im Bundestag irrlichtern und wollen nicht einmal halbe Sachen machen. Allein Elitenförderung an wenigen Hochschulen soll wieder möglich werden nach dem Wunsch von Merkel und Wanka. Aber mehr Bildungskoooperation wollen sie verhindern. Das ist mehr als kurzsichtig. Die SPD im Bund und in den Ländern kämpft deshalb weiter für ein starkes Bund-Länder-Programm für gute Ganztagschulen und echte Inklusion. Für halbe Sachen sollte uns das Grundgesetz zu schade sein, wenn wir wirklich gute Bildung für alle jungen Menschen in Deutschland ermöglichen wollen.

**Ernst Dieter Rossmann**

## 2,2 Millionen Euro für Denkmalschutz in Schleswig-Holstein



Die Synagoge in der St.-Annen-Straße 13 in Lübeck hat eine bewegte Geschichte hinter sich: 1880 im Rabbinat von Salomon Carlebach fertiggestellt und eingeweiht, wurden ihre Innenräume in der Zeit des Nationalsozialismus 1938 zunächst zerstört und danach zu einer Sportstätte umfunktioniert. 1994 und 1995 wurden Brandanschläge auf die Synagoge verübt.

Foto: MrsMyerDE

**30 Mio. Euro hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für das „Denkmalschutz-Sonderprogramm“ zur Verfügung gestellt. Auf der Förderliste stehen 217 Projekte. Auch in Schleswig-Holstein können sich zwölf Projekte über eine Förderung in Höhe von insgesamt 2,2 Mio. Euro freuen.**

Mit 300.000 Euro wird die Erneuerung des historischen Schlossgartens Eutin gefördert, ebenfalls 300.000 Euro erhält die Synagoge in Lübeck. Außerdem werden 400.000 Euro für den Raddampfer „Kaiser Wilhelm“ in Lauenburg überwiesen; 32.000 Euro gehen zur ehemaligen

Turmhügelburg in Linau und 39.5000 Euro an die „Scheune der Priörin“ in Uetersen. 300.000 Euro werden zugunsten der Maria-Magdalenen-Kirche in Bad Bramstedt freigegeben. Der Hölzerne Glockenturm in Norderbrarup erhält 90.000 Euro, die St.-Katharinen-Kirche in Probsteierhagen 250.000 Euro.

An der Westküste kann sich Husum zum einen über 40.000 Euro für das Alte Rathaus und 190.000 Euro für das Ostfelder Bauernhaus freuen. An die St. Christian-Kirche in Garding gehen 200.000 Euro und an das Klaus-Groth-Museum in Heide 64.300 Euro.

## SPD unterstützt Stadtwerke und Kommunen in Berlin und Kiel

*Ein Bündnis von 110 Kommunen in Schleswig-Holstein hat sich Anfang März in einer gemeinsamen Resolution an die Öffentlichkeit gewandt, um die skandalöse Blockadehaltung von E.ON Hanse bzw. der SH-Netz AG bei der Übergabe der kommunalen Stromnetze an Stadtwerke und Gemeinden anzuprangern. Die Städte und Gemeinden suchen seitdem politische Unterstützung in Kiel und in Berlin, um dieser willkürlichen Stromkonzern-Verweigerung auf dem Rücken von Kunden und Steuerzahlern entgegenzuwirken. Auf Einladung von Bettina Hagedorn, der stellvertretenden kommunalpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, kamen im Juni über 30 Vertreter betroffener Kommunen und Stadtwerke aus ganz Schleswig-Holstein nach Berlin.*

An dem zweistündigen Fachgespräch nahmen unter anderen Reimer Steenbock als Chef der Gesellschaft für Kommunalberatung (GeKom), die über 100 Gemeinden bei der Vergabe der Konzessionsverträge beratend begleitet hat, sowie Dr. Christian Theobald als Rechtsbeistand bei allen Auseinandersetzungen der Stadtwerke und Kommunen mit dem Energiemonopolisten, teil. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), war mit der Führung auf Bundesebene ebenso

vertreten wie die Landesebene (Vereinigte Stadtwerke Netz GmbH), die allein 107 Gemeinden repräsentiert. Mit Bürgermeistern und Amtsvorstehern aus den Kreisen Ostholstein, Stormarn, Lauenburg, Plön und Pinneberg sowie Vertretern der Stadt- und Gemeindewerke aus Lübeck, vertreten durch den jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtwerke Lübeck Claus Möller, Schleswig, Plön, Eutin, Heiligenhafen, Trappenkamp, Elmshorn und Stockelsdorf waren kommu-

nale Vertreter aus ganz Schleswig-Holstein zum Gespräch nach Berlin gekommen.

Mit ihrer stattlichen Größe demonstrierte die Delegation nachhaltig, welche Dramatik und welcher Handlungsdruck aus Sicht der Kommunen besteht. Die Teilnehmer aus Schleswig-Holstein machten dabei deutlich, dass sie inzwischen mit dem Rücken zur Wand stehen und dringend auf politische Unterstützung aus Berlin und Kiel angewiesen sind.

Aus gesellschaftlicher Sicht sind die zahlreichen Vergabeentscheidungen zu Gunsten der Stadtwerke erfreulich, da sie dezentrale, kommunale Energiebetriebe stärken und ein wichtiger Baustein zur Abkehr von monopolartigen Strukturen wie auch ein Beitrag zum Gelingen der Energiewende als Ganzes sind. Die Re-kommunalisierung der Netze ist ein ursozialdemokrati-

sches Anliegen, das langfristig den Stromkunden und der ganzen regionalen Wertschöpfungskette dienen wird – und genau deshalb schmeckt dieser neue Trend den „Großen Vier“ (E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall) nicht und wird von ihnen bundesweit mit allen Mitteln bekämpft.

Es geht allein in den 110 Kommunen, die sich zum „Bündnis Schleswig-Holsteinischer Gemeinden für Wettbewerb in der Energieversorgung“ zusammengeschlossen haben, um ein Defizit von knapp sechs Millionen Euro jährlich, das in der Folge der Blockade nicht nur den betroffenen Stadtwerken und Kommunen, sondern in der Konsequenz auch den Stromkunden vorenthalten wird. Ärger und Hilflosigkeit sind in den Kommunen bei diesem ungleichen Kampf groß.

Auf Bundesebene muss deshalb möglichst bald eine Reform des Energiewirtschaftsgesetzes angepackt werden - was aber erst nach der Bundestagswahl passieren kann und auch nicht bei jeder möglichen Koalition mehrheitsfähig sein dürfte. Die Teilnehmer aus ganz Schleswig-Holstein waren sich in Berlin deshalb einig: diese Problematik muss auch dringend in Kiel bei der Landesregierung auf den Tisch!

Bettina Hagedorn ergriff die Initiative und der Ministerpräsident Torsten Albig reagierte prompt: Mitte September wird ein „Runder Tisch Konzessionsverträge“ in Kiel zwischen Landesregierung, SH Netz AG, kommunalen Landesverbänden und Vertretern der Stadtwerke bzw. ihrer Verbände stattfinden!



Für die SPD-Bundestagsfraktion nahmen neben der Initiatorin Bettina Hagedorn auch der wirtschaftspolitische Sprecher Hubertus Heil, der kommunalpolitische Sprecher Bernd Scheelen, der energiepolitische Sprecher Rolf Hempelmann an dem Gespräch teil. Ebenfalls mit dabei: Nina Scheer, SPD-Bundestagsdirektkandidatin und Fachfrau für Energiepolitik



## - Termine -

**14.08.2013, 20.00 Uhr,  
Schenefeld:**

Um bezahlbaren Wohnraum und gerechtes Mietrecht geht es bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung von **Ernst Dieter Rossmann** im JUKS im Osterbrooksweg 25. Zu Gast ist sein Hamburger Bundestagskollege, der Mietrechtsexperte **Ingo Egloff**. Gemeinsam wollen sie die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion für ein soziales und gerechtes Mietrecht vorstellen. Weitere Informationen und Anmeldung im Wahlkreisbüro von **Ernst Dieter Rossmann** unter Telefon 04101/200639 oder via Mail an [ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de](mailto:ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de).

**15.08.2013, 19.00 Uhr,  
Büdelndorf:**

Die historisch niedrige Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein hat die Debatte über Politikverdrossenheit wieder aufflammen lassen. Was sind die Gründe? Und wie lässt sich Distanz zur Demokratie überwinden? Zu einer Diskussionsveranstaltung über dieses Thema lädt **Sönke Rix** ins Regionale Bürgerzentrum Büdelndorf, Am Markt 2, ein.

Seine Gäste sind der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, **Andreas Breitner**, und der Kieler SPD-Bundestagsabgeordnete **Hans-Peter Bartels**, Sprecher der AG Demokratie. Anmeldung und weitere Informationen im Wahlkreisbüro von **Sönke Rix** unter Telefon 04331/8685765 oder via Mail an [soenke.rix@wk.bundestag.de](mailto:soenke.rix@wk.bundestag.de).

**SPD zieht Konsequenzen aus NSU-Terror**

*Die Mordserie des NSU ist ein tiefer und gravierender Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Knapp zwei Jahre nach Bekanntwerden der Terrorzelle legt der NSU-Untersuchungsausschuss im September seine abschließenden Ergebnisse vor.*

Die Arbeit im Ausschuss hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen Polizeien, Staatsanwaltschaften und Verfassungsschutzämtern verbessert werden muss. Ebenso wichtig ist es, präventiv und aufklärend zu wirken. Das kann der Staat nicht allein. Deshalb muss die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft im Zentrum unserer Bemühungen stehen. Die Motivierung und die Unterstützung der engagierten Bürgerinnen und Bürger ist der beste Garant zum Schutz unserer freiheitlichen Grundordnung.

In den vergangenen Jahren ist der Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP aber nichts anderes eingefallen, als es der Zivilgesellschaft – also den Projekten und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren – immer schwerer zu machen und ihnen mit einer überbordenden Bürokratisierung Steine in den Weg zu legen. Das wollen wir nach der Wahl ändern.

Der Staat und große Teile der Gesellschaft haben den Rechtsextremismus und rassistische Diskriminierungen unterschätzt. Wir brauchen gesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf allen Ebenen. Das wollen wir mit einem Masterplan fördern, in dem Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und der Bildungssektor zusammenarbeiten.

Eine weitere wichtige Aufgabe wird sein, die Konse-

quenzen aus den schrecklichen Morden der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zu ziehen und die notwendigen Reformen tatkräftig umzusetzen. Dass der NSU mehr als 13 Jahre unentdeckt seine grausamen Taten verüben konnte, offenbart gravierende Mängel bei den Sicherheitsbehörden in Deutschland.

ge, mehr Effizienz und klare Regeln. Wo notwendig, werden wir gemeinsam mit den Ländern die Möglichkeit stärken, Ermittlungen beim BKA und Generalbundesanwalt zentral zu führen.

Aber auch die 2001 von der SPD begründeten Programme gegen Rechtsextremismus müssen dauerhaft und verlässlich unterstützt werden. Ohne die Opferberatungen, mobilen Beratungsteams und die vielen Initiativen vor Ort stünde der Kampf gegen Rechtsextremismus in zahlreichen Regionen auf verlorenem Posten.



**SPD-Obfrau Eva Högl mit Sönke Rix bei einer Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses**

Wir werden unsere Sicherheitsbehörden so umbauen, dass sie unsere Verfassung und Menschen, die von rassistischer Gewalt bedroht werden, besser schützen können. Die Auswahl, Führung und Bezahlung von V-Leuten werden wir aus der rechtlichen Grauzone holen, gesetzlich regeln und einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle unterwerfen. Für die Zusammenarbeit in Bund und Ländern – beim Verfassungsschutz, den Polizeien und den Staatsanwaltschaften – brauchen wir schnelle We-

Wir werden beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch und langfristig zu fördern.

**Sönke Rix**

## „Als Reservekanzler ist de Maizière Geschichte“ Interview mit Hans-Peter Bartels zum Drohnen-Untersuchungsausschuss

*Es war der schnellste Parlamentarische Untersuchungsausschuss in der Geschichte des Deutschen Bundestages. In sechs Marathon-Sitzungen innerhalb von 10 Tagen wurden 18 Zeugen angehört und dafür zuvor fast 2.000 Aktenordner gesichtet. Das Resultat ist erschreckend: Der Verteidigungsminister und sein engster Staatssekretär haben nicht nur den Überblick über die Vorgänge im Ministerium verloren, offensichtlich ist zwischen den beiden auch nicht klar, wer eigentlich die Entscheidungen im Haus trifft.*

Was sind die Erkenntnisse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Drohnenaffäre?

**Hans-Peter Bartels:** Mein Fazit lässt sich in vier Punkten zusammenfassen: Erstens, Verteidigungsminister de Maizière hat nicht die Wahrheit gesagt, sein Wort ist nicht mehr glaubwürdig. Zweitens, sein von ihm ins Verteidigungsministerium mitgebrachter Staatssekretär Stéphane Beemelmans ist völlig überfordert. Er kann seinen Job nicht. Drittens, die Fähigkeitslücke der hochfliegenden und ausdauernden signalerfassenden Aufklärung bleibt mindestens bis 2019 bestehen, wahrscheinlich noch länger. Viertens, Gewinner dieses 668-Millionen-Euro-

Debakels könnte der Rüstungskonzern EADS sein, der mit dem zusätzlichen Geld, das nicht mehr für die Euro-Hawk-Serie ausgegeben wird, den Auftrag für die Entwicklung einer eigenen Drohne bekommen könnte.

*Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat gesagt, die Unlösbarkeit der Probleme sei ihm erst im Mai 2013 vorgetragen worden. Ist das glaubhaft?*

**Bartels:** Nein, „lösbar“ oder „unlösbar“ – das war immer eine unsinnige Unterscheidung. Ein Minister ist dafür da, aktiv dabei zu helfen Probleme zu lösen. Er ist nicht dazu verdammt, darauf zu warten, dass ihm Probleme erst gemeldet



Gemeinsam mit dem Abgeordneten Ullrich Meßmer (re.) bereitet Hans-Peter Bartels eine Zeugenbefragung im Untersuchungsausschuss vor

werden, wenn sie unlösbar geworden sind. Bei einem strategisch wichtigen Rüstungsvorhaben wie diesem gibt es nicht nur eine Bringschuld des Apparats, sondern auch eine „Holschuld“ des Ministers selbst. Es muss ihn interessieren, er muss sich selbst darum kümmern.

*Der Minister hat von einer Bringschuld der Staatssekretäre gesprochen. Entlastet ihn das?*

**Bartels:** Nein. Es ist ja ehrenwert, dass sich Staatssekretär Beemelmans wie ein treuer Knappe vor seinen Minister wirft. Trotzdem erscheint völlig unglaubwürdig, dass de Maizière nichts von den Zulassungsproblemen bei diesem Projekt wusste. Ich verstehe nicht, warum er versucht hat, die Verantwortung auf untergeordnete Mitarbeiter abzuschieben.

*Braucht die Bundeswehr Aufklärungsdrohnen?*

**Bartels:** Ja – vorausgesetzt, sie funktionieren. Aufklä-

rung im Einsatzgebiet ist wichtig.

*Hat de Maizières Versagen auch mit der Bundeswehrreform zu tun?*

**Bartels:** Es macht die Dinge jedenfalls nicht einfacher, dass sich nun zum fünften Mal seit 1990 in der Bundeswehr alles ändern soll. De Maizière hat Wert darauf gelegt, noch an jedem Schraubchen selbst zu drehen. Vielleicht hatte er keine Hand mehr frei, um sich um die Rüstungsbeschaffung zu kümmern. Aber er kann Verantwortung nicht wegdefinieren. Er muss sein Haus so organisieren, dass er bei wichtigen Vorhaben selbst Entscheidungen treffen kann.

*Auch wenn de Maizière nicht zurückgetreten ist: Wie IST seine Zukunft als Merkels Kronprinz einzuschätzen?*

**Bartels:** Das kann man vergessen. So wie Karl-Theodor zu Guttenberg als Gegenkanzler gescheitert ist, ist de Maizière als Reservekanzler Geschichte.





## Landesparteitag in Büdelsdorf: Auf in den Kampf!



Gruppenbild mit SPD-Bundesvorsitzenden: Hans-Peter Bartels, Karin Thissen, Ernst Dieter Rossmann, Sigmar Gabriel, Dirk Peddinghaus, Nina Scheer, Birgit Malecha-Nissen, Bettina Hagedorn, Matthias Ilgen, Sönke Rix und Franz Thönnnes

### Die Landesliste

1. Dr. Ernst Dieter Rossmann (WK 7, Pinneberg)
2. Bettina Hagedorn (WK 9, Ostholstein – Stormarn-Nord)
3. Sönke Rix (WK 4, Rendsburg-Eckernförde)
4. Gabriele Hiller-Ohm (WK 11, Lübeck)
5. Franz Thönnnes (WK 8, Segeberg – Stormarn-Mitte)
6. Dr. Nina Scheer (WK 10, Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd)
7. Dr. Hans-Peter Bartels (WK 5, Kiel)
8. Dr. Birgit Malecha-Nissen (WK 6, Plön – Neumünster)
9. Matthias Ilgen (WK 2, Nordfriesland – Dithmarschen Nord)
10. Dr. Karin Thissen (WK 3, Steinburg – Dithmarschen Süd)
11. Dirk Peddinghaus (WK 1, Flensburg – Schleswig)

Am 28. April hatte das Warten ein Ende: SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner stellte erst dem frisch gewählten Landesvorstand, dann dem Parteirat und – nach einer motivierenden Rede von Parteichef Sigmar Gabriel – auch der Landeswahlkonferenz

seinen mit Spannung erwarteten Vorschlag für die Landesliste zur Bundestagswahl vor. Die Delegierten bestätigten den einstimmig beschlossenen Listenvorschlag des Landesvorstands. Landesgruppen-sprecher Ernst Dieter Rossmann führt die Liste zum

dritten Mal nach den Wahlen in den Jahren 2005 und 2009 an.

Den Kandidatinnen und Kandidaten gab Ralf Stegner für die Zeit bis zum Wahltag am 22. September die Maxime mit auf den Weg: „Wir kämpfen um jeden Wahlkreis!“

## Dank an das Technische Hilfswerk für Fluthilfe

Dramatische Bilder von gebrochenen und gesprengten Deichen, von überfluteten Dörfern und Städten entlang der Elbe, von verzweifelten Einwohnern, die alles verloren haben, und von Ehrenamtlern von THW, Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen sowie zahllosen Freiwilligen und Soldaten, die in der größten Not einfach mithalfen - diese Bilder haben Eindruck hinterlassen. Zum zweiten Mal nach 2002 hat Deutschland eine „Jahrhundert-Flut“ erlebt.

Das wirft Fragen auf: Warden überall in der Politik

nach 2002 die richtigen Konsequenzen gezogen?

Doch zunächst einmal galt es, den Freiwilligen Dank zu sagen: Am 1. Juli besuchten SPD-Innenminister Andreas Breitner und Bettina Hagedorn gemeinsam das THW in Oldenburg, um den dort versammelten THW-Ehrenamtlern auch aus Eutin und Neustadt, die tagelang in Lauenburg im Hochwasser-Einsatz gewesen waren, ihren persönlichen Dank und Anerkennung auszusprechen. Bettina Hagedorn brachte dabei aus dem Haushaltsausschuss die gute Nachricht mit, dass

der Bund dem THW 30 Mio. Euro für den Fluthilfeinsatz und den Ersatz von Material - und Organisationskosten zur Verfügung stellt.

Die Flut hat erneut erschreckend klar gemacht: Eine optimale technische Ausstattung der Hilfsorganisationen und professionelle Schulung und Training zahlen sich im Katastrophenfall aus und sichern das Überleben Betroffener.

Mitte Juni hatte der Bundestag parteiübergreifend zusammen mit den Ländern zügig ein Hilfspaket für die Flutopfer geschnürt, das acht Milliarden Euro um-

fasst. Der Bund übernimmt mehr als die Hälfte - etwa 3,25 Milliarden Euro tragen die Länder. Dieses Aufbauhilfegesetz hat der Bundestag einstimmig verabschiedet.

Doch Vorsorge ist damit noch nicht getroffen: Leider ist zu befürchten, dass nach 2002 und 2013 Flutkatastrophen nun häufiger auftreten, weil durch Klimawandel und Bebauungssünden die Flüsse in ein zu enges Korsett gezwängt wurden. Die Politik in Bund und Ländern muss auch bei diesem Thema an einem Strang und in eine Richtung ziehen!